

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Centralblatt der Nachrichten Dresden.
Gesamtausgabe-Nr. 26 241.
Preis je Nachtragsseite 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Dezember 1926 für täglich auszuhaltende Zeitungen im Raum 1.50 bis 2.00 Pf. je Ausgabe pro Tag vom 3. März ohne Postabfertigungsoberfläche.

Die Abgaben werden nach Goldmark gerechnet: die einzellige 10 mm breite Zeile 10 Pf., die auswärts 35 Pg. Sonderabmengen und Stellenabfälle ohne unterhalb 200 Pg. Ofterscheinlich 10 Pg. Außer: aufdruck von Verlagsabteilung.

Schriften- und Beigleitblätter:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe "Dresdner Nachrichten" ist untersagt. Schriftliche Werben sind aufbewahrt.

Die Begnadigungsdokumente für Landau. Der Bericht des Kriegsministers und der Erlass des französischen Präsidenten

Die Begnadigung der in Landau Verurteilten.

Paris, 27. Dez. Der Bericht des Kriegsministers Painlevé an den Präsidenten der Republik über die Begnadigung der in Landau verurteilten deutschen Staatsangehörigen lautete wie folgt:

In seiner Sitzung vom 22. Dezember hat das Landauer Kriegsgericht folgende Strafen gegen die nachbenannten deutschen Staatsangehörigen verhängt: Holzmann zwei Monate Gefängnis, Regel drei Monate Gefängnis, Fischer sechs Monate Gefängnis. Weiterhin wurden in Abwesenheit verurteilt: Arbogast zu sechs Monaten, Höglar zu sechs Monaten und Matthes zu zwei Jahren Gefängnis. Dieses Urteil wurde im Zusammenhang mit den Germersheimer Zwischenfällen verhängt. Im gleichen Urteil sprach das Kriegsgericht den Unterleutnant der Reserve Nouvier freigesprochen. Im Interesse der Verhügung und der öffentlichen Ruhe hat aus Vorstech des kommandierenden Generals des 32. Armeekorps und auf ein empfohlenes Gutachten des Oberkommendienstes der Rheinlande am 22. Dezember in Übereinstimmung mit dem Justizminister und dem Minister des Auswärtigen für angeklagten erachtet, die obengenannten Verurteilten einschließlich der Abwesenden, die alle deutscher Nationalität sind, zu begnadigen. Er hat insgesamt die Ehre, dem Präsidenten der Republik den beigefügten Entwurf eines Erlasses zur Unterschrift zu unterbreiten. Begehrte Kriegsminister Paul Painlevé.

Der Entwurf des Erlasses hatte folgenden Wortlaut:

"Gemäß Gesetz vom 25. Februar 1875, auf Grund des Beschlusses des Kriegsministers und gemäß dem Gutachten des Justizministers sowie in Ausführung des Artikels 2 des Dekrets vom 10. Juli 1852 bestimme ich: Es ist nachstehenden Deutschen die am 22. Dezember 1926 vom Landauer Kriegsgericht verhängte Strafe zu erlassen: Holzmann die zwei Monate Gefängnis mit Strafzettel, Regel die drei Monate Gefängnis und Fischer die sechs Monate Gefängnis. Ebenso ist die vom gleichen Kriegsgericht in derselben Verhandlung angedrohte Strafe bei Arbogast sechs Monate Gefängnis, Höglar sechs Monate Gefängnis und Matthes (zwei Jahre Gefängnis) zu erlassen.

Der Präsident der Republik hat diesen Erlass, wie bereits gemeldet, am ersten Weihnachtsfeiertage unterzeichnet. (T.U.)

Berliner Anerkennung für die Gesetze aus Paris.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 27. Dez. Von dem Begnadigungsaft, den der Präsident der Republik Frankreich im Einverständnis mit dem Kabinett und — was in Berlin besonders bemerkbar wird — auf Anregung des Generale Gérard und Guillaumat nach dem Landauer Urteil hat eingehen lassen, ist man hier im allgemeinen bestrebt. Der französische Schritt wird an Berliner maßgebender Stelle für um so bedeutsamer gehalten, als ein Begnadigungsgesuch nicht vorlag und deutscherseits auch nicht gestellt werden konnte. Im Falle Rathaus war seinerzeit von französischer Seite angeführt worden, daß eine Begnadigung ohne Vorliegen eines Begnadigungsgesuches nicht möglich sei. In dem jetzt vorliegenden Falle ist von dieser Voraussetzung abgesehen worden. In dem Entschluß der französischen Regierung sieht man hier die Gewißheit, daß

die politischen Tendenzen, die seit Locarno verfolgt werden, sich in Frankreich durchsetzen und damit auch die Erkenntnis, daß auf die Schäfte der deutschen Öffentlichkeit Rücksicht genommen werden müsse.

Von diesem Gesichtspunkte aus scheint man hier auch geneigt zu sein, die Frage zurückzustellen, ob Deutschland mit

der Begnadigung volle Benutzung zuteil geworden sei. Man meint, daß die große politische Linie nicht durch Spezialstrafen untergraben werden sollte. In bezug auf die in der deutschen Presse erhobene Forderung, daß gegen Nouvier wenigstens auf diplomatischem Wege etwas gethren müssen, wird darauf hingewiesen, daß Nouvier, der seine letzte Übung hinter sich habe, jetzt nicht mehr Militär, sondern Zivilperson sei.

Der angebliche Zwischenfall in Mainz.

(Durch Punktforsch.)

Berlin, 28. Dezember. Zu dem von französischer Seite gemeldeten Zwischenfall in Mainz, wobei es zu Zusammenstößen zwischen französischen Soldaten und deutschen Zivilpersonen gekommen sein soll, erfahren die Blätter, daß ein französischer Soldat, der in der Trunkenheit einen Revolver verloren hatte, seinen Vorwürfen, um einer Bestrafung zu entziehen, einen Überfall vorgetäuscht habe. Es konnte bisher noch nichts festgestellt werden, was die französischen Behauptungen über einen Zwischenfall beläugeln könnten. (W. L. U.)

Räumungsecho auch in England.

London, 24. Dez. Der "Manchester Guardian" misst heute ausführlich eine in der "Frankfurter Zeitung" enthaltene Darstellung des standorten Austritts und Bekennens der französischen Belagerungsgruppen. Danach besteht, bemerkt das Blatt, kein Zweifel darüber, daß die deutsche Regierung nicht eher ruhen werde, als bis das Schandblatt aufgehoben sei. Das sei das mindeste, was die öffentliche Meinung in Deutschland verlangt. Es sei traurig, aber wahr, daß dem Geiste von Locarno, Thoiry und Gent die Geist von Germersheim und Landau gefolgt sei. Der angerichtete Schaden könne nur durch die Zurücknahme der alliierten Belagerungsarmeen ausgekehlt werden. Die in anderen ausländischen Zeitungen erschienenen Berichte ihrer Berliner Korrespondenten, daß die allgemeine Entlastung in Deutschland künftig sei, sei falsch. Die Deutschen aller Klassen und Überzeugungen seien sich in der Verurteilung des Landauer Urteils einig. Es sei lächerlich, von einer künstlichen Stimmungsmache zu sprechen.

Die französische Liga für Menschenrechte über Landau

Paris, 26. Dez. Die französische Liga für Menschenrechte hat in Paris in Anwesenheit von 200 Delegierten unter Vorsitz des neuen Vorsitzenden Professor Victor Basch und in Anwesenheit eines deutschen Delegierten zu ihrem Jahreskongress zusammengetreten. Am Verlaufe der Sitzung ist einstimmig eine Tagesordnung angenommen worden, in der das Urteil des französischen Kriegsgerichts von Landau als das Werk der notwendigen Wiederherstellung des europäischen Friedens hervorhebend bezeichnet und die Besteigung der Kriegsgerichte fordert wurde.

Auch eine Anwendung der Landauer Begnadigung.

Berlin, 27. Dezember. Der "Vorwärts" ist geschmaclos genug zu schreiben, die politische Korrektur des Landauer Urteils sei erfolgt: zwei Deutsche seien begnadigt von der französischen Regierung und der französischen Republik! Wo aber seien die Gnadenweise der deutschen Regierung und des Präsidenten des Deutschen Reiches für die Opfer „deutscher Zukunftswillkür“, für die vielen, die auf Grund politischer Urteile in deutschen Gefängnissen sitzen? Die deutschstädtische Republik habe den Spiegel-Attentäter begnadigt. Hothorn habe 77 Verurteilte amnestiert, darunter 10 aus der Zeit der Räterepublik. In Deutschland höre man nur aus Sachen von Begnadigungen.

Der deutsche Protest in Kowno.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 27. Dez. Wegen der Ausweitung deutscher Nebstzonen aus dem Memelgebiet ist seitens der Regierung ein Schritt in Kowno erzielt. Der litauische Staatspräsident wird sich selbst nach Memel begeben, um dort die Angelegenheit zu prüfen.

Der Protest der osteuropäischen Presse.

Berlin, 27. Dez. Der Verein Osteuropäischer Zeitungsverleger und der Verband der Osteuropäischen Presse haben an das Auswärtige Amt in Berlin ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß, nachdem schon früher wiederholte Ausweiterungen reichsdeutscher Redakteure aus dem Memelgebiet stattgefunden haben, die neue litauische Regierung bzw. der von ihr eingesetzte Kriegskommandant von Memel durch kurzfristige Ausweitung der Redakteure Leuthner und Wermuth vom "Memeler Dampfboot" und des Redakteurs Wieskorn von der "Memelländlichen Rundschau" in Kowno zu einem vernichtenden Schlag gegen die deutsche Presse im Memelland ausgeholt habe. Erst ist im Lande nicht zu beobachten, und die Einreise reichsdeutscher Journalisten wird grundsätzlich verweigert. Die genannten Vereine fordern nun ein energisches sofortiges Eingreifen der deutschen Reichsregierung, um das Schlimmste abzuwenden.

Polnische Angriffe gegen Galonder.

Berlin, 27. Dez. Die aufgedeckte Spionageaffäre in Katowitz wird polnisches Zusätzliche gegen Galonder, den Vorsitzenden der Interallierten oberösterreichischen Kommission, benutzt. Der deutsche Kommissionsvertreter Dr. Pulsackel, den die polnische Presse als Vater der Spionageorganisation bezeichnet, veröffentlicht eine Rücknahmung in den deutschen Zeitungen von Katowitz. Beide Zeitungen wurden jedoch beschuldigt. Die polnische Presse fordert Abberufung von Pulsackel gewünscht habe.

Die neue Währung in Ungarn.

Budapest, 27. Dez. In Ungarn wird heute die neue Währung, die aus Silberargyld, Nidels-Blei- und Kupfer-Bleigeld sowie aus Banknoten von 15, 20, 100, 500 und 1000 Pengö besteht, in den Handelsverkehr treten. Bis zum 1. Juli 1927 werden die neue Währung und die alte Krone im Verkehr sein. Die Berechnung erfolgt so, daß ein Pengö zu 12.000 ungerechnet wird. (T.U.)

Weiheung des Kaisers von Japan im Februar.

Paris, 27. Dez. Davos berichtet aus Tokio: Die feierliche Weiheung des Kaisers von Japan findet im Februar statt. Der neue Kaiser wird im Oktober offiziell den Thron beitreten. (T.U.)

Dr. Luthers Empfang in Chile.

Aus den Berichten über Dr. Luthers Empfang in Chile ist noch folgende Episode hervorzuheben:

Den Charakter besonderer feierlicher Herzlichkeit trug das Bankett, das der Finanzminister Don Vicente Rosas im Namen der chilenischen Regierung dem deutschen Gauleiter gab und bei dem eine Elite hoher chilenischer Staatsbeamter, der Generalität und Spitzen der Bank-, Handels- und Industriewelt vertreten war. Der Finanzminister Rosas, ein hoher Marinestaffel, der Deutschland gut kennt, hielt in fließendem Deutsch die Begrüßungsansprache, wobei die offizielle Verstärkung des deutschen Staatsmannes und die symbolische Bedeutung seines Besuches für die unerschütterlichen freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit einer fast rührenden persönlichen Sympathie zusammenklangen. Der Finanzminister führte aus:

"Die chilenische Regierung und das chilenische Volk empfanden Sie als erlauchten Vertreter einer großen Nation, mit der unsere Republik durch Bande tiester Freundschaft und Interessen aller Art auf das engste verbündet ist."

Ihre Wissenschaftler und Professoren brachten aus den Geist ihrer alten gewurzelten Kultur; Ihre militärischen Institute lehrten unter Heer ihre Kriegswissenschaften und halfen dadurch in wirklicher Weise mit an der edlen Aufgabe, unsere Landsbegrenzen zu beschützen. Ihre Kaufleute und Industriellen haben erfolgreich an dem Fortschritt und dem Aufblühen des Landes beigetragen, ohne daß auch nur je der geringste Schaden eines Verwirrungsspiels oder gar infolge imperialistischer Beziehungen sich bemerkbar gemacht hätte.

Ergänzen wir Chilenen, die wir das Gefühl der Dankbarkeit kennen, haben daher auch der deutschen Nation in den Stunden ihrer Größe und in denen der Prüfung und der Brüderlichkeit nahegestanden und haben, wohlbewußt der großen Verantwortlichkeit vor der Geschichte, eine würdige und aufrichtige Neutralität bewahrt.

Wenn unsere Mitbürger Sie mit offenen Armen empfangen, werden Sie die Gemütsbewegung des Mannes verstehen, der jetzt zu Ihnen spricht, der seine ersten Schritte in einer bescheidenen deutschen Schule begann und dem das Schicksal jetzt erstaunlich und grohe Regierungsvorwürfe aufgebürdet. Um diese schwere Verantwortung vor der Geschichte, ein sich zu erinnern an die Grundsätze der Neutralität, die ihm in dem traditionellen Geiste deutscher Erziehung ein deutscher Schulmeister lehrte.

Ich bin sicher, im Sinne aller Anwesenden zu handeln, wenn ich mein Glas auf das Wohl Ihres Vaterlandes und das Ihrige leere und Sie auf das herzlichste willkommen heiße."

Mit dem Hoch auf dem Gott und das deutsche Vaterland, begleitet von den Klängen von „Deutschland über alles“, schloß die Rede und Dr. Luther erhob sich sofort zu seiner Dankantwort. Dank und immer wieder Dank waren seine Worte für die Aufnahme von dem überbreiten der chilenischen Grenze an bis zu diesem Augenblick für alle die unzähligen Beweise der Sympathie und Achtung, die ihm als Vertreter Deutschlands entgegengebracht wurden. Und besonders betonte er nun diesmal die Freude, daß in diesem Lande so viele deutsche Landsleute eine wirklich neue Heimat, einen wirklich wärmenden Herd gefunden haben. Diese Bedeutung Chiles werde in der Zukunft noch größer werden, denn die Zeit zwinge immer mehr Deutsche zur Auswanderung, und nirgends könnten sie bessere Bedingungen zur Ansiedlung finden, als in Chile. Mit einem Hinweis auf die in guten und bösen Tagen erprobte chilenische Freundschaft und mit dem Ausdruck herzlicher Hoffnung für alles Gute und Vorwärtsstreben, was er in diesem Lande zu sehen Gelegenheit hatte, erhob er sein Glas auf die Zukunft und das Gedächtnis des chilenischen Volkes, während die Masse die „Concion Nacional“ erklangen ließ.

Bismarck-Gemeinden überall.

Am 11. Dezember wurde auch in München eine Bismarck-Gemeinde des Vereins zur Errichtung eines Bismarck-National-Denkmales (E. V. Köln, Hanover 11) gegründet, zu deren 1. Vorsitzenden Oberlandesgerichtspräsident Staatsrat Dr. Meyer gewählt wurde. In der Gründungsversammlung hielt dieser einen festlichen und tiefsinnigen Vortrag, in dem er die dauernden und den Nachwuchs erbrachte, warum wir aus vaterländischen Gründen Bismarck-Gemeinden gründen müssten. Mit lebhaftem Beifall wurde die Mitteilung des Vorsitzenden aufgenommen, daß Ministerpräsident Dr. Held den Ehrenvorsitz der Bismarck-Gemeinde München, sowie für ganz Bayern übernommen habe. Diese Betonung einer vorbildlichen unvergänglichen Verehrung und Dankbarkeit der Hauptstadt Bayerns, deren Ehrenbürger Bismarck war, wird einen starken Widerhall in ganz Deutschland finden.

An den letzten Tagen wurden außerdem Bismarck-Gemeinden in Darmstadt, Stuttgart, Karlsruhe, Augsburg und Nürnberg begründet, bzw. ihre Gründung vorbereitet. Führende Vertreter aller bürgerlichen Parteien treten lebhaft für die Bemühungen des Bismarck-National-Denkmal-Vereins ein. Die Gründung einer Reihe weiter Bismarck-Gemeinden in der Rheinprovinz und in Westfalen erfolgt in nächster Zeit.